

Jahre alter Sohn spurlos verschwunden ist. Der Knabe trug dunklen Jacketanzug, kurze Beinleider, schwarze Strümpfe und Schnürschuhe. Er ist seinem Alter angemessen mittelgroß. Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib des Verschwundenen werden an die Polizeibehörde zu Marienberg umgehend erbeten.

Ein angeblicher Fabrikant M. aus Paris und ein angeblicher Kaufmann Konelt aus Aachen haben als sogenannte Mädchenhändler in der jüngsten Zeit in Dresden junge Frauenpersonen angeworben, bezw. anzuwerben gesucht, um sie nach auswärts, z. B. nach Lyon, zu schaffen. Kurz vor der Abreise des ersten Transportes erfolgte jedoch von Seiten der Sittenabteilung ihre Festnahme. Konelt war im Besitze von 17 Stück falschen, auf verschiedene Namen lautenden Legitimationspapieren und ebensovielen Formularen dazu, um solche anfertigen zu können.

Die Sonntagsnummer der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden wurde wegen Majestätsbeleidigung confiscirt. Der verantwortliche Redacteur des Blattes, Schulze, wurde verhaftet.

Vermißt wird in Bieschen ein 11 Jahre altes Mädchen, welches am Mittwoch zur Post geschickt wurde, aber nicht wiedergekehrt ist.

Der umfangreiche Wechselschlichtungsproceß gegen den Kaufmann Adolf Lustig vor der Strafkammer des königl. Landgerichts zu Leipzig ist Freitag Abend mit der Freisprechung des seit Februar d. J. in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten zu Ende gekommen; Lustig wurde sofort auf freien Fuß gesetzt. Das Urtheil lautet u. A.: Der Nachweis, daß die Unterschrift Lina Lustig eine unechte sei, ist nicht geführt. Es ist aber auch kein Anhalt für die Annahme gegeben, daß zur Zeit, als die Unterschrift vollzogen, kein Context des Wechsels vorhanden war. Die Staatsanwaltschaft geht von der Annahme aus, daß ein Theil des Textes vor der Unterschrift auf dem Wechsel — der auf 600 M. gelautet habe — vorhanden war, der Gerichtshof hat den Beweis hierfür nicht als vollständig erbracht angesehen. Man trägt Bedenken, aus der Verschiedenartigkeit der Stellung der beiden Zahlengruppen bestimmte Schlussfolgerungen zu ziehen, zumal da die vorderen drei Zahlen stärker sind als die letzten. Die Staatsanwaltschaft hat namentlich daraus, daß bei der 2 in der Zahl des Wechsels und einigen Buchstaben in der in Buchstaben ausgedrückten Wechselsumme die Tinte ausgeblendet ist, den Nachweis als geführt erachtet, daß ein Theil des Contextes später geschrieben worden sei. Der Gerichtshof hat dieser Ansicht nicht beitreten können.

Nach und nach wird man sich wohl daran gewöhnen müssen, auf den öffentlichen Verkehrswegen nur noch unbespannten Wagen zu begegnen, die elektrischen Motorwagen haben bereits den Anfang in dieser Erscheinung gemacht; jetzt folgt das bekannte Geschäftshaus Aug. Polich in Leipzig auf ähnlichem Wege, indem es seit Sonnabend einen Patent-Motorwagen in seinen Packdienst stellt. Bei der an diesem Tage vormittag vorgenommenen Probefahrt mit diesem Luzmann'schen Patent-Motorwagen wurde das Gefühl, das den Eindruck vollkommener Eleganz und Leichtigkeit machte, in allen Gangarten auf seine Leistungsfähigkeit und Lenkbarkeit geprüft und in trefflicher Function befunden. Was den von Hofschloffermeister F. Luzmann in Dessau konstruirten Patent-Motorwagen besonders praktisch und zweckmäßig macht, das ist sein geringes Gewicht, seine leichte Beweglichkeit bei schneller Lenkbarkeit und seiner nur mit einem einzigen Hebel bewirkten Regulierung, sowie sein absolut gefahrloser Betrieb. Es kann die Geschwindigkeit dieses Patent-Motorwagens auf das Maximum von 25 Kilometer in der Stunde gebracht werden, wie er andererseits Steigungen bis etwa 12 Procent zu überwinden vermag. Als Betriebsmittel dient ein Petroleum-Defillat von 0,7 C spezifischem Gewicht, die elektrische Zündung erfolgt durch einen Ruhmkorff'schen Funken-Inductor.

In der am 12. December abends in Leipzig abgehaltenen ersten Versammlung der Deutschen Colonialgesellschaft, Abtheilung Leipzig, berichtete Lieutenant Schloifer über seine Reise nach dem Victoria-Nyanza und die Dampferfrage. Major v. Wilmann und Oberst Lieber: sprachen warm für die Sache. Für die geplante elektrische Bahn Leipzig-Dalle findet jetzt der Grunderwerb statt.

Der aus Gettengrün (nicht Ebmath) im Vogtlande kürzlich verschwundene Lehrer Seidel ist wieder zurückgekehrt. Er hatte sich bei seinem Vater in der Nähe von Reichenbach aufgehalten. Warum der Lehrer aber gerade in dem Augenblicke über die Umzäunung des Schulgebäudes verschwand, als in letzterem der Bezirkschulinspector erschien, darüber giebt die vorliegende Meldung keinerlei Aufschluß.

Der kürzlich in Reichenbach i. V. verstorbene Rentier Herr Moriz Feustel sen. hat den Armen dortiger Stadt ein Legat von 5000 M. ausgesetzt. Wie man hört, ist auch Lenzenfeld, der Geburtsort des Heimgegangenen, in ähnlicher Weise bedacht worden.

Der am Donnerstag verhaftete Maurer Bernhard Krusche ist nun doch noch überführt worden, die Mordthat an der Ernestine Emler in Markersdorf bei Reichenau verübt zu haben. Die am Sonnabend erfolgte Verhaftung seines Bruders August Krusche in Grottau hat diesen bewogen, mit einem umfassenden Geständniß hervorzutreten und seinen Bruder Bernhard als den Mörder zu bezeichnen. August K. machte dann Angaben, wonach der Mörder Bernhard K. nach vollbrachter That nach Neuhabendorf zu seinem Bruder Joseph geschickt ist und dort an's Fenster geklopft hat. Dessen Frau hat ihm geöffnet und dabei die blutbefleckte Kleidung des Mörders wahrgenommen. Auf ihre Frage, was denn eigentlich vorgefallen sei, habe der Mörder in großer Aufregung erwidert: „Ich bin unglücklich — ich habe geschossen!“ Hierauf theilte er den Sachverhalt mit und entledigte sich der blutigen Kleider, worauf er nach Hause gegangen ist, Joseph Krusche in Neuhabendorf zeugnet zwar noch jede Mitwisserschaft an dem Mord, doch hat dessen Frau ein umfassendes Geständniß abgelegt und auch den blutbefleckten Ueberzieher sowie die Wäsche des Mörders den Behörden ausgeliefert. Es sind jetzt alle drei Brüder Krusche verhaftet.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. December.

Eingegangen ist ein Gesekentwurf über die Zwangsversicherung und die Zwangsverwaltung nebst Einführungsgesetz. Bei Fortsetzung der Beratung der Grundgesetzworlage betreffend die Postdampfersubvention legt Abg. Ehm (d. Volksp.) dar, die Erwartungen, welche seinerzeit an die Subvention geknüpft worden seien, hätten sich nicht erfüllt, und die Erklärungen, die damals Herr Mayer, dieser erfahrene Geschäftsmann und

Leiter des Lloyd's, gegeben hätte, hätten keine Bestätigung gefunden. Warum ist dies aber eingetreten? Weil man den Verkehr der Dampfer nach Ostasien nicht so eingerichtet hat, wie er hätte eingerichtet werden müssen. Die Dampfer hätten nämlich mit genügender Schnelligkeit ausgerüstet werden müssen. Weshalb soll nun jetzt die Subvention erhöht werden. Die Zahlen bestätigen, daß der vom Lloyd nach China vermittelte Verkehr an deutschen Waaren einen verschwindend kleinen Theil des vom Lloyd überhaupt vermittelten Verkehrs ausmacht. Namentlich die Schnelligkeit der Schiffe lasse zu wünschen übrig. Die französischen subventionirten Linien führen schneller, und dies sei ein der Hauptursachen gewesen, weshalb unser Güterverkehr nach Ostasien sich nicht günstig entwickelt hat. Redner bittet, die Vorlage schon im Plenum abzulehnen. — Staatssekretär Dr. v. Stephan führt aus, grade durch die Vorlage solle in Schnelligkeit auf 13 1/2 Knoten erhöht werden. Von diesem Gesichtspunkte aus könne man also konsequenterweise die Vorlage nur befürworten. Aber ebenso wichtig wie die Schnelligkeit sei die Sicherheit, und darin übertriffe der Lloyd die anderen Linien. Seine Schiffsroute sei weniger gefährvoll als die der französischen Linie; das müßten die Interessenten anerkennen. — Abg. Förster (deutsch-soz. Reformp.) tritt im allgemeinen Interesse für die Vorlage ein. — Abg. v. d. Gröben (kons.) erklärt namens der Konservativen sich gegen den Antrag. — Minister v. d. Recke kann dem Antrage nicht zustimmen; er glaube nicht, daß der Antrag, sollte er Annahme finden, Gutes werden würde. — Abg. Wies begründet den Antrag. — Abg. Bachem (Centr.) stimmt dem Antrag Beherzungsantrag zu, der aber nicht ausreicht; deshalb habe er den Zusatzantrag gestellt und bittet, den Antrag in der Commission zu prüfen. Sollte der sich entwickelnde notwendige und segensreiche Verkehr in seinem Gefolge in anderen Punkten Schädigungen mit sich bringen, so etwa durch eine gesteigerte Einfuhr von Fleisch, Wolle etc., so müsse eine Remedur hierfür auf anderen Verwaltungsgebieten gesucht werden, etwa durch Zoll-erhebungen auf Wolle etc. Aber das dürfte nicht abhalten, durch die Subventionirung einen Verkehr zu ermöglichen, der dem ganzen Vaterlande zu gute käme. — Abg. Förster (d. Reformp.): In Betreff des Hamburger Streiks sei es ihm interessant gewesen, daß die Socialdemokraten als Veranlassung desselben die Konkurrenz des billigen gelben Mannes bezeichnet hätten, geradezu bekämpfe seine Partei einen gewissen schwarzen Mann. Zur Beilegung des Hamburger Streiks würde sich ein Zusammengehen des Bundesraths mit dem Reichstage empfehlen, wie das in ähnlichen Fällen auch in Frankreich geschehen sei. — Staatssekretär Dr. v. Stephan konstatirt, daß seit 1885 alle neuen Schiffe des Lloyd auf deutschen Werften gebaut seien, und daß laut Vertrag der Tarif für Hamburg und Bremen derselbe sei, und daß die Frachtpedition von Hamburg nach Bremen auf dem Wasserwege gratis erfolge. — Abg. Dr. Barth (frei. Vereinig.) führt aus, eine ungeeignete Commission, als die vom Abg. Förster vorgeschlagene zur Beilegung des Hamburger Streiks könne nicht gedacht werden. Verwunderlich sei, daß die Arbeitgeber das Schiedsgericht nicht acceptirt hätten; aber kein Stand habe eine solche Kritik durchgemacht, als der Reeder in den letzten zehn Jahren, deren Kapital sich kaum mit 3 Procent verzins. Unfinnig sei es, anzunehmen, die englischen Reeder hätten den Streik unterstützt. Im Gegentheil haben sie ihre natürliche Solidarität mit den deutschen Reedern bewiesen. Unfinnig seien auch die Behauptungen der „Hamburger Nachrichten“, die vollends annehmen, die englische Regierung unterstütze die Streikenden mit Geld. Im Jahre 1885 am 16. März habe der Abg. Wueb namens der socialdemokratischen Partei für die Subventionirung gesprochen, da sie den deutschen Arbeitern nütze. (Große Heiterkeit.) Wünschenswerth sei es, überhaupt keine Subvention zu bewilligen; da aber der Lloyd auf Grund der Subvention seinen Betrieb eingerichtet habe, so sei es nicht loyal, jetzt plötzlich abzubrechen. Ueber die Stellungnahme zur Vorlage werde sich seine Partei erst nach der Commissionsberatung schlüssig machen. Gegenüber der Bemerkung des Abgeordneten Barth, daß die socialdemokratische Partei im Jahre 1895 die Subvention befürwortet habe, erklärt der Abg. Wolfenbühl (Soz.), die socialdemokratische Partei habe in jenem Jahre gemeint, der Bau der Lloyd'schiffe auf den deutschen Werften werde der deutschen Arbeiterschaft nützen. Dies sei ein Irrthum gewesen. Wir sind Gegner der Lohndrückerei. Aus diesem Grunde, und nicht aus Rassen- und Klassenhaß, sei der Unwille gegen die gelben Arbeiter entspringen. Es wäre doch bedauerlich, wenn unter 20 000 Arbeitern sich nicht einige Hundert befänden, die einigermaßen gut verdienten. Das sind Ausnahmen; die theilweise hoch erscheinenden Löhne erklären sich daraus, daß in den angegebenen Sägen von 5 bis 8 M. das Entgelt für den Erfsam enthalten ist, das der Arbeiter an diesen abgeben muß. Das Leben in Hamburg ist theuer. Ein Mann, der im Jahre 1870 seine Wohnung mit 120 M. bezahlte, giebt jetzt für dieselbe 240 M. (Hört, hört!) — Staatssekretär Dr. v. Bötticher führt aus: Ich werde die Ehre haben, in der Commission des Näheren nachzuweisen, daß der Lloyd sich in der Frachfrage korrekt benommen und keine Reduktion der Löhne vorgenommen hat, die nicht durch die Geschäftslage bedingt war. (Unruhe links. Widerspruch.) „Sind denn die Direktorengelöhner auch verfürzt worden?“ Das weiß ich nicht (Ala!) Der Lloyd hat sich bemüht, den gelben Arbeiter los zu werden. Die letzten 120 werden demnachst auch abgelohnt werden. Redner macht dann Angaben über die Löhne der Schauerleute bei der Firma Heydemann und fährt fort, die Reeder haben guten Willen gezeigt, indem sie einen Theil der Forderungen bewilligten. In einem Flugblatte wird von der denkbar brutalsten Prozenhaftigkeit der Reeder gesprochen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Redner verliest weitere ähnliche Stellen, die von den Socialdemokraten mit fortwährenden „Sehr richtig!“ und „Sehr wahr!“ begleitet werden und fährt fort, ich kann nur wünschen, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern ist, wo der Streik beendet sein wird. Die Reeder haben nicht die Schuld daran. Die Arbeiter leiden schwer unter diesem Streike. Mögen sie sich von schädigenden Einflüssen frei machen. (Lebhafter Beifall rechts und Unruhe bei den Socialdemokraten.) Wenn die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen, werden die Reeder mit sich reden lassen. Er hoffe, daß dann der Frieden nicht wieder geführt werden wird. (Beifall und Unruhe bei den Socialdemokraten.) Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) führt aus, daß durch den Streik erst recht ein Zufluß fremder Arbeiter und ein Ueberfluß an Arbeiterangebot entstehe. Wenn der Streik zu Ungunsten der Arbeiter ausfiele, so sei die Socialdemokratie die Befestigte, welche die Arbeiter aufhebt habe. („Sehr richtig!“ rechts; Lachen links.) Redner geht dann auf das Koalitionsrecht der Arbeiter ein; ebenso auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Hüpeden gegen ihn. Der Präsident Freiherr v. Buol bittet

den Redner, zur Sache zu sprechen. Freiherr v. Stumm meint, seiner Ansicht nach sei die Socialdemokratie nicht vom Himmel gefallen, wie Herr Hüpeden gesagt habe, sondern aus der Hölle hervorgegangen. (Große Heiterkeit.) Abg. Zebben (nat.-lib.) bemerkt, die Verhältnisse lägen heute so, daß die Schiffe eben nur ihre Betriebskosten decken. Viele Gesellschaften hätten große Verluste gehabt. Es sei so lange Frieden gewesen, als es noch keine Socialdemokratie gegeben habe. Abgeordneter Legien (Socialdemokrat) führt den Fall an, wonach die leicht nicht gering erscheinenden Löhne nur bei unerhörter Anstrengung verdient werden könnten, bei einer Arbeit, die mehrere Tage und Nächte hintereinander mit wenigen Stunden Unterbrechung währe. Die Information des Herrn Staatssekretärs seien unrichtig. Die Streikenden seien noch heute jeden Augenblick bereit, das Schiedsgericht anzuerkennen und die Hand zum Frieden zu bieten, sobald ihr Interesse nur einigermaßen berücksichtigt würde. Abg. v. Hahn (b. l. Z.) meint, die Rücksichtnahme des Präsidenten bezüglich der Besprechung des Streikes bei der Dampfersubventionsvorlage sei von drüben ausgebeutet worden. (Zuruf links: „Dumme Nebenart!“) (Der Präsident rügt diesen Zuruf.) Aber es freue ihn, daß die Socialdemokratie als rein revolutionäre Partei wieder einmal festgenagelt worden sei. Nach weiteren Ausführungen des Abg. v. Elm (Soz.) erfolgt die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetcommission. Der gestrige Antrag Fischbeck wird angenommen. Darauf vertagt sich das Haus auf Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Dritte Lesung der Justiznovelle. Schluß 6 Uhr 20 Minuten.

Berlin, 13. December. In der letzten Sitzung der Budgetcommission wurden von der Regierung beim Militärretat streng vertrauliche Mittheilungen gemacht, die heute fortgesetzt wurden. Die streng geheime Vertraulichkeit währte heute zwei Stunden. Die Abgeordneten wurden auf Ehrenwort verpflichtet, auch in Fraktionsitzungen nicht darüber zu sprechen. Man nimmt an, daß es sich um die Ergebnisse der Erprobung des neuen Artilleriematerials gehandelt hat.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Dresden, 13. December. Nach zuverlässiger Auskunft ist in der Lippe-Deimolder Thronfolgefrage eine Entscheidung noch nicht erfolgt und auch für die nächste Zeit noch nicht zu erwarten.

Berlin, 13. December. Vom Kronprinzen Friedrich Wilhelm, dem nachmaligen König Friedrich Wilhelm IV., citirt man ein hübsches Witzwort. Als er mit seinem Vater von der Besichtigung des Schinkelschen Theaterbaues am Schillerplatz zurückkehrte, soll er auf die Frage, wie ihm der neue Mufentempel gefallen, erwidert haben: Es ist ein hübsches Haus, es ist sogar ein Theater darinnen. Wenn man hört, wie jetzt eifrig darüber berathen wird, für den Reichstagspräsidenten ein eigenes Heim zu errichten, nachdem im neuen Reichstagsgebäude für ihn kein Unterkommen hat geschaffen werden können, so fühlt man sich versucht, jenes witzige Wort mit einer leichten Abänderung auch auf das „Weiße Haus“ am Königsplatz anzuwenden. Es ist ein prächtiges Haus, aber es ist keine Wohnung für den Präsidenten darin. Nachträgliche Beanstandungen und Rathschläge haben immer etwas Mißliches, und so ist es ein überflüssiges Bemühen, jetzt Betrachtungen darüber anzustellen, ob nicht an Stelle der mächtigen Wandelhalle und der unzähligen Corridore, die eine Reichstagsbau wie eine Akademie für Peripatetiker erscheinen lassen und in denen kleine Wagenrennen bequem veranstaltet werden können, ohne Repräsentationsräume in Verbindung mit einer Wohnung für den Präsidenten hätten hergerichtet werden können. Mit Mühe und Noth hat man nachträglich noch eine Wohnung für den Bureaudirector in den Reichspalast hineingezimmert; aber es dürfte nicht gelingen, auch für den Präsidenten noch eine würdige Unterkunft zu beschaffen. Die Errichtung eines Neubaus ist daher unabwendbar, wenn man nicht die Miethswohnung beibehalten will, für die jetzt mit Unterhaltungskosten 20,000 M. im Jahre aufgewendet werden. Die Sache ist nur die, daß ein Neubau, der in der Nähe des jetzigen Reichstagsgebäudes errichtet werden müßte, Kosten verursachen würde, deren Zinsen den jetzt für die Miethswohnung aufgewendeten Betrag ganz erheblich übersteigen würden. Der Dfiront des Reichstagsgebäudes gegenüber war zwar ein Bauplatz vorhanden, auf dem sich jetzt, nachdem der erste Käufer verunglückt ist, ein entsetzlich fader Sandsteinbau erhebt, so daß es aus ästhetischen Gründen wünschenswerth gewesen wäre, wenn hier ein dem monumentalen Charakter des Reichstagsgebäudes entsprechender Bau sich erheben hätte. Aber der Grund und Boden würde hier allein einen Kostenaufwand von mehreren Millionen verursachen haben, und dazu würden dann noch die Baukosten getreten sein. Nun heißt es zwar, daß auf der Westseite noch ein bereits im Besitze des Reiches befindliches Gelände vorhanden sei, das wohl für den Bau eines Präsidialgebäudes ausreichen würde. Aber auch hier würde sich die Frage erheben, ob nicht durch ein in unmittelbare Nähe des Reichstagsgebäudes gestelltes Haus, selbst wenn es sich in seiner Architektur der des Reichstagsgebäudes anschließt, die Gesamtwirkung des Monumentalbaues wesentlich beeinträchtigt werden würde. Die Frage der Errichtung eines Präsidialgebäudes macht also nicht nur aus finanziellen Gründen Schwierigkeiten.

Nach der Mittheilung eines rheinischen ultramontanen Blattes soll eine Ministerkrise bevorstehen, da angeht des Leckert-Processes ein kritischer Moment eingetreten sei. Es wird noch hinzugefügt, daß trotz des moralischen Sieges des Herrn v. Marschall die ganze Lage eine verzweifelte geworden sei usw. Wie weit diese Meldung von einer Schwierigkeit, die mit den Lehren des Processes zusammenhängt, sich bestätigt, muß abgewartet werden. Nach unserer Kenntniß der Dinge steht nicht eine Ministerkrise bevor, sondern sie ist bereits wieder überwunden. Das Wort des Herrn v. Marschall, daß er sich zum Schutze gegen die Verleumdungen in die Deffentlichkeit habe flüchten müssen, hat angeblich an einer Stelle sehr unliebsam berührt; es soll sogar zur Einreichung eines Entlassungsgesuches gekommen sein. Jedenfalls sind diese Schwierigkeiten aber schon wieder behoben.

Theodor von Wächter, der ehemalige württembergische Predigtamtscandidat, welcher sich später der Socialdemokratie anschloß, auch für diese für den Reichstag candidirte, soll, wie gemeldet wurde, in Brixig wegen Sittlichkeitsvergehens verhaftet und nach der Irrenanstalt Burghölzli gebracht worden sein. Demgegenüber schreibt die „Post“, daß Wächter bereits seit vier Wochen in der genannten Irrenanstalt behufs Beobachtung seines Geisteszustandes sich befindet. Seit Ende Mai d. J. befand er sich in einem Zustande, der schließlich seine Nerven gänzlich zerrüttete mußte. Nachdem von Wächter aus der so-